Informationsrecht

Martin Gerecke und Nico Brunotte*

Europäischer Gerichtshof präzisiert Haftung für Hyperlinks

DOI 10.1515/iwp-2016-0068

Wer Links mit Gewinnerzielungsabsicht setzt oder auf dessen Rechtswidrigkeit hingewiesen wird, muss verlinkte Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen prüfen.

Die Verlinkung fremder Inhalte kann nach einer neuen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) eine Urheberrechtsverletzung darstellen (Urt. v. 08.09.2016, Az. C-160/15).

Hintergrund des Verfahrens war eine Klage des niederländischen „Playboy“-Verlages Sanoma gegen einen Blog der GS Media BV. Sanoma hatte Nacktfotos für das Magazin anfertigen lassen. Noch bevor die Playboy-Ausgabe mit den Bildern erschien, waren die Bilder im Internet auf einer australischen Website ohne Einverständnis von Sanoma abrufbar. GS Media verlinkte auf diese Webseite und entfernte den Link auch auf Aufforderung nicht.

Der Streit gelangte vor den niederländischen Kassationshof, der dem EuGH die Frage vorlegte, ob das Setzen eines Hyperlinks einen Akt der öffentlichen Wiedergabe im Sinne der europäischen Richtlinie 2001/29/EG (InfoSoc) darstelle.

Liegt eine öffentliche Wiedergabe vor?

Nach Ansicht des EuGH liegt keine öffentliche Wiedergabe vor, wenn die Links ohne Gewinnerzielungsabsicht durch jemanden, der die Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung der Werke auf der anderen Website nicht kannte oder vernünftigerweise nicht kennen konnte, gesetzt wurden. Erst wenn der Verlinkende wusste oder hätte wissen müssen, dass der verlinkte Inhalt ohne Zustimmung des Urhebers eingestellt wurde, liege eine öffentliche Wiedergabe vor.

Für den Fall, dass Links mit Gewinnerzielungsabsicht gesetzt werden, wird nach Ansicht des EuGH widerlegbar vermutet, dass der Linksetzer in Kenntnis der Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung handelte. Von dem Linksetzer könne dann erwartet werden, dass er sich vorab vergewissert, dass die verlinkten Werke nicht unbefugt veröffentlicht wurden.

Der EuGH begründet seine Ansicht mit der besonderen Bedeutung von Hyperlinks für die Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit im Internet. Verlinken Einzelpersonen auf Websites, so das Gericht, sei für diese schwierig zu entscheiden, ob die Links Zugang zu geschützten Werken geben und ob die erforderliche Erlaubnis des Urhebers vorliege.

Im vom EuGH entschiedenen Fall griff die o. g. Vermutung der Kenntnis von der Rechtswidrigkeit, da die GS Media die Links zu den Fotos zu Erwerbszwecken (also mit Gewinnerzielungsabsicht) bereitgestellt und Sanoma die Veröffentlichung der Fotos nicht gestattet hatte. Vorbehaltlich der noch vom niederländischen Kassationshof vorzunehmenden Prüfung sei daher davon auszugehen, dass die GS Media mit den Links eine öffentliche Wiedergabe vorgenommen habe, womit eine Urheberrechtsverletzung vorliege.

Linkhaftung bei kommerziellen Websites in Deutschland

Die Entscheidung des EuGH liegt im Wesentlichen auf einer Linie mit der deutschen Rechtsprechung zur Linkhaftung bei kommerziellen Webseiten.

Im Grundsatz gilt nach der Rechtsprechung des deutschen Bundesgerichtshofs (BGH), dass die Verlinkung auf Webseiten, die urheberrechtlich geschützte Werke wie Fotos, Texte oder Musikdateien vorhalten, keine Urheberrechtsverletzung darstellt. Anderes kann gelten, wenn die unter dem Link abrufbaren Inhalte nicht rechtmäßig eingestellt wurden. Dann kommt eine täterschaftliche Haftung für Links in Betracht, wenn sich Linksetzende den Inhalt der Webseite zu Eigen machen. Dies ist etwa der

*Kontaktpersonen: Dr. Martin Gerecke, M.Jur. (Oxford), CMS Hasche Sigle, Stadthausbrücke 1–3, 20355 Hamburg, E-Mail: martin.gerecke@cms-hs.com

Dr. Nico Brunotte, LL.M. (Cambridge), CMS Hasche Sigle, Stadthausbrücke 1–3, 20355 Hamburg, E-Mail: nico.brunotte@cms-hs.com

Fall, wenn unter dem Link für die Produkte des Linksetzers geworben wird oder wenn sich der Linksetzer mit den unter dem Link stehenden Inhalten auf eine Weise auseinandersetzt, dass sie für Dritte als Ausdruck auch der eigenen Meinung des Verlinkenden erscheint.

Linksetzer kann auch Störer sein

Scheidet eine täterschaftliche Verantwortung aus, kann der Verlinkende als Störer haften. Das Setzen des Links erhöht die Gefahr der Verbreitung rechtswidriger Inhalte, sodass der Linksetzer diese Gefahr im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren zu begrenzen hat. Allerdings haftet der Verlinkende erst, wenn der rechtsverletzende Inhalt der verlinkten Internetseite erkennbar ist oder wenn er Kenntnis von der Rechtswidrigkeit erlangt. Eine Besonderheit gilt nach einer aktuellen Entscheidung des BGH bei kommerziellen Webseiten: Anders als bei Internet-Marktplätzen oder File-Hosting-Diensten, bei denen eine Haftung nur bei klarer Rechtsverletzung besteht, muss der Verlinkende hier die Inhalte auch dann prüfen und den Link gegebenenfalls entfernen, wenn es sich nicht um eine auf den ersten Blick eindeutige Rechtsverletzung handelt.

Diese Rechtsprechung hat dem BGH Kritik eingebracht. Obwohl der Linksetzer oft keine juristischen Vorkenntnisse haben wird, trifft ihn die Pflicht zur – häufig schwierigen – rechtlichen Beurteilung darüber, ob ein beanstandeter Inhalt auf dem durch den Link erreichbaren Internetauftritt tatsächlich rechtswidrig ist. Diese Konsequenz folgt nun auch aus dem neuen Urteil des EuGH.

Fazit: Risiken für Linksetzer

Es ist einerseits erfreulich, dass der Gerichtshof den Linksetzer nicht in jedem Fall aus seiner Haftung entlässt und die Meinungsvielfalt nicht über die ebenso wichtigen Interessen der Urheber stellt. Wer einen Link mit erkennbar rechtswidrigem oder unerlaubt eingestelltem Inhalt auf Aufforderung nicht löscht, begründet die Gefahr der weiteren Verbreitung. Es ist daher nur folgerichtig, dass der EuGH Linksetzern wie der GS Media klare Grenzen setzt.

Die Entscheidung bürdet dem Linksetzer bei Gewinnerzielungsabsicht aber auch Risiken auf. Dieser muss prüfen, ob die von ihm verlinkten Inhalte rechtswidrig sind, was gerade bei unklaren Fällen nicht einfach ist. Der Verlinkende wird aus Sorge vor falschen Einschätzungen den Link im Zweifel löschen oder gar nicht erst setzen. Dies führt zu weniger Meinungs- und Informationsfreiheit im Internet – die Kehrseite der Entscheidung.

Deskriptoren: Informationsrecht, Vertragsrecht, Internet, Verknüpfungsindikator, Gerichtsentscheidung, Europa

Dr. Martin Gerecke, M.Jur. (Oxford)

CMS Hasche Sigle
Stadthausbrücke 1–3
20355 Hamburg
martin.gerecke@cms-hs.com

Dr. Martin Gerecke ist Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht bei CMS in Deutschland. Er berät zahlreiche Unternehmen, Verlage und Persönlichkeiten in den Bereichen des Urheber- und Medienrechtes sowie des Presse- und Äußerungsrechtes zum Inhalt von Veröffentlichungen und bei der Bewahrung und streitigen Durchsetzung des geistigen Eigentums. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind zudem die Verhandlung und Gestaltung medienspezifischer Vertragsbeziehungen wie Künstler-, Agentur- oder Lizenzvereinbarungen aus den Bereichen Film und TV sowie die Prozessvertretung. Studium der Rechtswissenschaften in Bremen und Kiel. Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Jörn Eckert und Prof. Rudolf Meyer-Pritzl in Kiel. 2004 Erstes Juristisches Staatsexamen OLG Schleswig. 2006 Promotion Universität Kiel. 2007 Erwerb des Magister Juris (M.Jur.), Oxford. 2009 Zweites Juristisches Staatsexamen OLG Hamburg. 2010 bis 2013 Rechtsanwalt in einer IP- und Medienrechtsboutique in Hamburg. Seit Januar 2014 Rechtsanwalt bei CMS Hasche Sigle in Hamburg.

Dr. Nico Brunotte, LL.M. (Cambridge)

CMS Hasche Sigle
Stadthausbrücke 1–3
20355 Hamburg
nico.brunotte@cms-hs.com

Dr. Nico Brunotte ist seit 2014 Rechtsanwalt bei CMS in Hamburg. Er studierte Rechtswissenschaften an der Leibniz Universität Hannover mit Vertiefung im Recht der Informationstechnologie und war über dreizehn Jahre als Programmierer im Bereich Web-Development tätig. Von 2011 bis 2013 war er beim Oberlandesgericht Celle mit Stationen u. a. bei einer internationalen Wirtschaftskanzlei im Bereich Intellectual Property in Hamburg und New York. 2014 wurde Dr. Nico Brunotte an der Leibniz Universität Hannover mit einem urheberrechtlichen Thema promoviert und schloss seinen Master of Law an der University of Cambridge mit Spezialisierung auf Intellectual Property Law und Competition Law ab.